69. Jahrgang Nr. 193

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Dienstag, 26. April 1921

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt ULK

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen und Anhalt M. 1.90 wöchentlich, M. 8.– monatlich im voraus zahlbar; bei Postbezug: monatlich M. 8.– und vierteljährlich M. 24.– einschliesslich Zustellung. Inserationspreis die Zeile M. 3.–, mit 50% Zuschlag; Familien-Anzeigen für Abonnenten M. 1.50 die Zeile; Kleine Anzeigen: das Wort M. 1.–, das fettgedruckte Wort M. 1.50. – Abonnements und Anzeigen nehmen auch die nebenstehend aufgeführten Filialen entgegen. Redaktion: Haupt-Expedi.: SW. Jerusal. Str. 46-49. Fernspr.: Zentrum Nr. 10181–10144; für den Fernverkehr Nr. 14207 – 14209. Telegr.-Adr.: „Vauzet", Berlin.
Chefredakteur: Otto Nuschke.

Filialen: Moritzpl., Köpenicker Str. 67–69, Wiener Str. 1–4, Prenzl. Allee 198, Prenzl. Allee 56, Pr. Prenzl. Str. 101, Greifsw. Str. 197, Schönh. Allee 164, Weißenburg. 4, Fanenstr. 1, Müllerstr. 136, Nachtr. 61, Königstr. 56–57, Rosenthal. Str. 49, Rathenow. Str. 5, Turmstr. 21, Potsd. Str. 34, Leipziger Str. 108, Zimmerstr. 56, Bitterfeld. Str. 9, Charlottenb. Tauentzien. 5, Kantstr. 34, Schärfenstr. 26, Uhland Str. 24–26, Kaiserdamm 97, Friedenau, Rheinstr. 12, Kolonnen-Grunewald, Henriettenplatz, Lichtenberg, Frankf. Allee 341, Lichterfelde-West, Unter d. Linden 1–5, Neukölln, Berl. Allee 41, Hermannstr. 35–36, Kaiser-Friedrichstr. 247–49, Pankow, Borkholmer Allee Str. 41, Hermannstr. 35–36, Kaiser-Friedrichstr. 247–49, Pankow, Borkholmer Allee Str. 41, Schwarzendorf, Breite Str. 3, Schönberg, Hauptstr. 13–15, Martin-Luther-Str. 1, Reinickendorf, Breite Str. 12, Tegel, Berliner Str. 12, Tempelhof, Berliner Str. 147, Str. 2, Steglitz, Albrechtstr. 136, Treptow, Grundstr. Hauptstr. 4, Cöpenick, Wilhelmstr. 1, Charlottenb. 68, Kaiserpl. 13, Brandenburg, Hauptstr. 4, Cöpenick, Schlossstr. 1, Frankfurt a. O., Regierungsstr. 44, Niederschöneweide, Brückenstr. 21, Potsdam, Brandenb. Str. 25, Spandau, Breite Str. 42, Stettin, Paradeplatz 8.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Zwei Reden gegen Simons.

Die Interpellationen der Rechts- und Linksopposition im Reichstage. — Eine Verwahrung Simons. — Heute Veröffentlichung der deutschen Vorschläge.

O. N. Der Reichstag hat auch gestern noch keinen Aufschluß über den Inhalt der deutschen Gegenvorschläge erhalten. Nach den Begründungsreden für die Interpellationen über die auswärtige Politik erhob sich der Außenminister Dr. Simons, um zu erklären, daß er nichts zu erklären habe. Die Note ist abgesandt. Rückfragen seien möglich. Er hat darum mit dem Vertreter der Vereinigten Staaten eine Ausstandsfrist von vierundzwanzig Stunden vereinbart, während der er noch nicht über die Note sprechen wolle. Das ist einleuchtend. Es hängt auch so unendlich viel davon ab, daß die ganze mühsam eingeleitete Aktion nicht infolge eines Formalverstoßes scheitert. Vertraulich sind die Abgeordneten unterrichtet worden. Aber sie möchten gerne öffentlich darüber reden dürfen. Das gilt insbesondere von den nationalistischen Heißspornen, die darauf warten, nun abermals nach der Parole der deutschnationalen Zentrale zu handeln: „Die Situation muß unbedingt für uns agitatorisch ausgenutzt werden."

Auch wir beklagen, daß der deutschen auswärtigen Politik die klare Linienführung mangelt. Wenn aber gestern der deutschnationale Abgeordnete Hötzsch über die Schwankungen in den sechs Wochen nach London redete, so muß man denn doch darauf hinweisen, daß seine Partei es war, die immer wieder durch ein Feuerchen, das im Lande angezündet wurde, die Regierung von der Linie der Vernunft abzudrängen versuchte. Die Regierung ist diesem Drucke manchmal gefolgt und hat damit ihre klare Bahn verloren. Herr Professor Hötzsch nannte das Telegramm an Harding bar der nationalen Würde. Er trifft sich in diesem Urteil mit dem des volksparteilichen Abgeordneten v. Lersner, der in Lübeck ähnliche Töne von sich gegeben hat. Dabei steht fest, daß die Minister seiner Partei und Abgeordneten seiner Fraktion, die Herren Dr. Heintze, v. Raumer und Dr. Scholz, das Telegramm einmütig gebilligt haben. Es kam darauf an, Amerika den vollen Ernst unseres Wiedergutmachungswillens darzutun. Nur so war es für eine Vermittlung zu gewinnen. Wir haben stets betont, daß wir den Weg des direkten Angebots vorzuziehen geneigt wären. Aber die Deutschnationalen hätten ja jedes direkte Angebot ebenso mit dem Kommentar „Jubiel!" begleitet, wie ihre französischen Gesinnungsgenossen stereotyp „Zu wenig!" rufen. Das eine steht jedenfalls fest, wie man im einzelnen auch über die Politik des Dr Simons denken mag: Wenn uns am 1. Mai die verschärften Sanktionen erspart bleiben, so danken wir es der entschlossenen und beispiellos ehrlichen Politik, die Dr. Simons in den letzten Tagen getrieben hat.

Die unabhängige Interpellation wurde von dem Gewerkschaftler Dißmann begründet; auch sie wird heute von Dr. Simons beantwortet werden.

Der Sitzungsbericht.

Präsident **Löbe** eröffnet die Sitzung um 3¼ Uhr, gedenkt der Tiroler, die ein so glänzendes Zeugnis für das deutsche Zusammengehörigkeitsgefühl abgelegt, und sendet den Gruß des Reichstags an das Land Andreas Hofers.

Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Regierungserklärung und die unabhängige sowie die deutschnationale Interpellation über die auswärtige Politik. Alle drei Punkte werden miteinander verbunden.

Abg. **Dißmann** (U. Soz.) begründet die Interpellation seiner Partei und protestiert gegen das Verhalten der Regierung seit dem Abbruch der Londoner Konferenz. Neue Landesteile sind besetzt, eine Zollgrenze ist errichtet, neue wirtschaftliche Depressionen lasten auf uns und die Regierung tut nichts, sie schweigt. Hier handelt es sich aber um das Schicksal des deutschen Volkes und vor allem der Arbeiterklasse. Sie soll wieder auserkoren sein, die Lasten auf ihre Schultern zu nehmen. Die Rolle des Aschenbrödels paßt aber der Arbeiterschaft nicht mehr. Minister Simons sprach vorgestern von dem Vorurteil des Auslandes gegen uns, er vergißt dabei, daß das

Verhalten der Regierung

für das Urteil des Auslandes maßgebend ist. Es ist deshalb höchste Zeit, daß man im Auslande erfährt, wie die Arbeiterschaft denkt. Wir sind das auch der englischen, französischen und belgischen Arbeiterschaft schuldig, die ein besseres Verständnis für unsere Lage hat, als die Ententeregierungen. Das Finden eines gemeinsamen Weges ist das Ziel der Gewerkschaften aller Länder, in Genf, Amsterdam und Kopenhagen ist man in diesem Sinne tätig gewesen. Die Politik der herrschenden Klassen, die uns in den Weltkrieg geführt hat, muß verschwinden, für uns Arbeiter gibt es keine Sieger und keine Besiegten. Meine Parteigenossen haben Ihnen schon während der Kriegsjahre, wenn die Judasglocken klangen, oft genug zugerufen, daß wir für die Folgen eintreten müßten. Jetzt ist es soweit, und nun möchten Sie die Trauerglocken läuten. Können Sie sich wundern, daß jetzt Sanktionen kommen? Ist nicht der Friede von Versailles und das Diktat von Spaa nur ein getreues Spiegelbild des Friedens von Brest-Litowsk? (Großer Lärm und Protestrufe rechts.) Aber nicht eine einzige Regierung der Welt hat Verständnis für das Elend der großen Masse. Daher haben wir auch kein Vertrauen zu dem Appell an Amerika. Präsident Harding ist auch nur ein Vertreter der nationalistischen und kapitalistischen Herrenklasse. Der Schritt unserer Regierung ist vom reinsten Egoismus der herrschenden Klasse diktiert.

Der Wiederaufbau ist nicht nur in Frankreich notwendig, sondern auch bei uns und in Oesterreich.

Erleichtert wird diese Aufgabe durch Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zu Sowjetrußland. Die deutsche Wirtschaftspolitik hat sich nicht gebessert, aber auch in anderen Ländern beginnt die Krise sich auszudehnen; ein Beweis, daß unser Unglück die anderen mitsich reißt. Demgegenüber kann nur eine Einigung auf das von der Internationalen sozialistischen Arbeitsgemeinschaft entworfene Ausgleichsprogramm helfen, das auch die Wiedergutmachung mitumfaßt, und dem die Sozialistische Partei Frankreichs, die Unabhängige Arbeiterpartei Englands und die deutsche Unabhängige sozialdemokratische Partei zustimmen.

Das Verhalten Bayerns ist nicht geeignet, uns im Ausland Vertrauen zu erwerben, im Osten sind angeblich Maßnahmen eingeleitet, um eine eventuelle Mobilmachung sofort durchführen zu können, die sich gegen Polen richten soll. (Proteste rechts.) Zu diesem Augenblick, wo uns die schwersten Sanktionen drohen, wo es ein Wahnsinn ist, die Massen im nationalistischen Sinne aufzupeitschen, ist es ein Verbrechen am Volke, mit solchen Dingen zu spielen. Herr Helfferich, der einmal wieder das große Wort führt, hat allen Anlaß, stille zu sein. (Als Redner die verstorbene Kaiserin in die Debatte zieht, verläßt die Rechte und das Zentrum unter Pfuirufen demonstrativ den Saal.) Für die Politik unserer Regierung, die schon von Anbeginn an ein Zickzackkurs war, hat man im Ausland kein Verständnis. Die nationalistischen Kundgebungen, die Anbahnung, überhaupt keine neuen Angebote zu machen, haben uns geschadet. Die schließliche Folge war das Telegramm an den Präsidenten Harding, das uns auf Gnade und Ungnade an ihn auslieferte. Für einen solchen schwankenden Regierungskurs, der uns nur lächerlich machen kann, hat die Arbeiterschaft nichts übrig.

Sie will ihm aber auch nicht tatenlos zusehen, deshalb hat sie ihre eigenen Vorschläge gemacht.

Deutschland muß in erster Linie mit seiner Arbeitskraft helfen. Die Kosten der Sachleistungen müssen durch eine internationale Anleihe aufgebracht werden.

Abg. Dr. **Hoetzsch** (Deutschnat.) begründet die deutschnationale Interpellation: Sie ist erfolgt, weil die Politik der Regierung, je näher der 1. Mai kam, immer unklarer wurde. Aber es kam keine Aufklärung. Wir bedauern, daß der Außenminister auch heute nicht beim Beginn der Sitzung seine Haltung erklären konnte. Ohne eine solche Erklärung ist die Begründung unserer Interpellation sehr schwierig. Das Ergebnis der sechswöchigen Arbeit des Auswärtigen Amts ist die vollendete Entwürdigung Deutschlands. Warum sind in den sechs Wochen nicht die deutschen Vorschläge so fertig gestellt worden, daß sie jetzt in dem Augenblick vorliegen konnten, wo Briand und Lloyd George zusammentraten. Wie verträgt sich die jetzige Haltung der Regierung mit dem vom Außenminister in seiner letzten Rede aufgestellten Programm? Was hat der Außenminister getan, um mit dem vorliegenden wertvollen Material die Behauptung von der deutschen Kriegsschuld zu widerlegen? Was ist in der oberschlesischen Frage geschehen, und was geschieht gegen die Gefahr eines polnischen Einfalls? Ist es richtig, daß das Außenministerium der Reparations-kommission gegenüber zugegeben hat, daß es sich in seinen bisherigen Schätzungen der bisherigen Reparationsleistungen

zu Deutschlands Gunsten geirrt

habe? (Hört, hört!) Wie ist es vor allem möglich, daß in einem parlamentarisch regierten Staat die Regierung eine neue hochwichtige Vermittlungsaktion unternehmen konnte, ohne den Auswärtigen Ausschuß davon zu unterrichten. Wir protestieren gegen diese verfassungswidrige Geheimniskrämerei. Welche Schritte hat die Regierung unternommen gegen die Urheber der Indiskretionen in der „Germania", die geradezu an Landesverrat streifen? (Sehr wahr!) Haben die Verfasser des Telegramms an Harding gar nicht bedacht, wie diese nationale Würdelosigkeit im Volke wirken mußte? (Sehr wahr!) Hat die Regierung nicht gewußt, daß Briand jede Vermittelung dritter Stellen ausdrücklich abgelehnt hat? Warum sind die deutschen Reparationsvorschläge nicht schon längst veröffentlicht worden? Durch die Erklärung der Regierung, sie wolle jetzt mit ihren Vorschlägen bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit gehen, wird bei der Entente der falsche Eindruck erweckt, das sei bisher nicht geschehen. Tatsächlich ist aber der Außenminister schon mit seinen ersten Vorschlägen in London über die Grenze unserer Leistungsfähigkeit hinausgegangen. Die Außenpolitik der letzten sechs Wochen war weder klar, noch eindeutig. Wir lehnen die Verantwortung für eine Politik ab, die nur geeignet ist, das deutsche Volk immer tiefer in den Abgrund zu führen. (Beifall rechts.)

Außenminister Dr. **Simons:** Die Note der deutschen Regierung ist jetzt in Washington eingegangen. In diesem Augenblick halten wir und die amerikanische Regierung es nicht für angezeigt, Wortlaut und Inhalt der Note schon mitzuteilen. Wir wollen das erst morgen mittag tun. Wir schlagen deshalb vor, die Beantwortung der Interpellation auf morgen zu vertagen. Nach den schweren Angriffen des Abg. Hötzsch gegen mich fällt mir das Festhalten an diesem Vorschlag sehr schwer. Ich muß aber darauf festhalten und bitte, daraus nicht zu schließen, daß ich auf seine Angriffe nicht dieses und jenes sofort erwidern könnte.

Hierauf wurde die Weiterberatung auf heute nachmittag, 2 Uhr, vertagt.

*

An die

Landesversammlung in Innsbruck

wurde vom Präsidenten Löbe das nachstehende Telegramm gerichtet: „Erfreut und begeistert von dem glänzenden Ergebnis der gestrigen Volksabstimmung sendet der Deutsche

Die Aufnahme der Vorschläge in Washington.

Eine amtliche Meldung: „Man ist hier sehr hoffnungsvoll."

New-York, 25. April.

Eine amtliche Meldung aus Washington besagt: Man ist hier sehr hoffnungsvoll, daß die neuen deutschen Vorschläge die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten unter Teilnahme Amerikas gestatten werden.

Die deutschen Reparationsvorschläge.

Der Charakter des Mantels.

Die Einzelmitteilungen Berliner Blätter über den Inhalt der deutschen Vorschläge beruhen auf Kombination. Es kann heute nur gesagt werden, daß unser Angebot eine Abänderung des von Simons in London vorgeschlagenen Provisoriums bringt. Es schlägt einen Betrag vor, der in Sachwerten und in bar innerhalb 42 Jahren zu leisten ist. Die Gesamtsumme (mit Zins und Zinseszinsen) dürfte der in Paris von der Entente aufgestellten (von 226 Milliarden) nahekommen. Für die Zahlungen ist ein beweglicher Maßstab vorgesehen. Sie sollen sich hauptsächlich nach dem Stand der deutschen Handelsbilanz richten. Eine Uebernahme der Ententeverpflichtungen gegen Amerika durch Deutschland ist nicht vorgesehen. Der gesamte Plan gibt vor allem großen Sachleistungen an Frankreich Raum.

Ministerrat in Paris.

Briand ist befriedigt.

Paris, 25. April. (T. U.)

Der Kabinettsrat, der für heute abend nach dem Justizministerium einberufen war, ist abgesagt worden. Statt dessen wird heute abend 9 Uhr 30 Minuten ein Ministerrat im Elysée stattfinden.

Der oberste Kriegsrat ist heute nachmittag im Elysée unter dem Vorsitz Millerands zu einer Sitzung zusammengetreten.

Folkestone, 25. April. (T. U.)

Ministerpräsident Briand ist um 12 Uhr 5 Minuten nach Frankreich abgereist. Vor seiner Abreise erklärte Briand, daß er von dem Resultat seiner Mission sehr befriedigt sei. „Ich sage Ihnen auf Wiedersehen", erklärte er den anwesenden Journalisten. „Freitag oder Sonnabend werde ich wiederkommen, um der Konferenz des interalliierten Obersten Rates beizuwohnen."

Der Botschafter Dr. Mayer, der durch Krankheit einige Tage ans Bett gefesselt war, hat heute seine Tätigkeit wieder aufgenommen.

Die Reparationskommission an der Arbeit.

Paris, 25. April.

Die Reparationskommission ist noch mit den Schätzungsarbeiten für die Kriegsschäden beschäftigt, um am 30. April den Gesamtbetrag der deutschen Reparation festzusetzen. Sie beschäftigte sich außerdem mit folgenden drei Fragen:

1. Festsetzung des Wortlautes der Antwort auf die deutsche Note über die Ueberführung des Goldbestandes der Reichsbank ins besetzte Gebiet und über die Verlängerung des Ausfuhrverbotes für Gold.

2. Endgültige Prüfung der noch durchzuführenden Reparationen für die Schätzung der von Deutschland auf Grund des Artikels 235 des Friedensvertrages bewirkten Leistungen.

3. Die durch das Aussetzen der deutschen Viehlieferungen erforderlichen Maßnahmen.

Wie der „Intransigeant" mitteilt, wird die Reparationskommission am Mittwoch eine Plenarsitzung ohne die Deutschen abhalten, in der die Umrechnung der Schadensaufstellung der verbündeten Länder in Goldmark vorgenommen und der Gesamtbetrag der deutschen Schuld festgesetzt werden soll. Am Freitag wird die endgültige Rechnung jedes einzelnen der verbündeten Länder überreicht werden.